

BILDUNG IN DER DIGITALEN WELT



GEW-POSITIONSPAPIER FÜR EINEN DIGITALPAKT 2.0

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) setzt sich für die lückenlose Weiterführung des Digitalpakts Schule ein und stellt entsprechende Prämissen für einen gelingenden Digitalpakt 2.0 auf.

Entgegen der Ankündigungen im Koalitionsvertrag vernachlässigt die Regierungskoalition Bildung und Digitalisierung als Zukunftsthemen derzeit sträflich und schadet der öffentlichen finanziellen Ausstattung von Bildung.

Symptomatisch hierfür steht die Informationspolitik zum Digitalpakt 2.0. Die GEW erwartet hier mehr Transparenz und Beteiligung.

Neben Fragen zur Höhe und Verstetigung einer Nachfolge-
regelung und der Art der Mittelverteilung geht es uns vor
allem um die Durchsetzung einer qualitativen Weiterent-
wicklung der Schuldigitalisierung. Hierzu formulieren wir
untenstehend Rahmen- und Entwicklungsbedingungen einer
Schulentwicklung in der Digitalisierung, die soziale Gleichheit
und eine demokratische Gesellschaft fördert und gute,
inklusive und nachhaltige Arbeits- und Lernbedingungen
gewährleistet.ⁱ

Rahmenbedingungen für eine nachhaltige und sinnvolle digitale Infrastruktur an Schulen

Digitalisierung an Schulen darf weder Willkür noch wirtschaftlichem Kalkül unterliegen, sondern stellt eine gesellschaftliche Zukunftsaufgabe dar. Es muss langfristig gesichert sein, dass die Schulen pädagogisch sinnvoll und leistungsfähig ausgestattet sind. Damit Lehrkräfte keinem Technikstress ausgesetzt sind, sondern sich auf die pädagogischen Aufgaben konzentrieren können, muss es neben einer zuverlässigen und nachhaltigen digitalen Infrastruktur auch den notwendigen technischen Support geben. Eine Nachfolgeregelung zum Digitalpakt mit einem Digitalpakt 2.0 muss zeitnah gefunden und ohne Lücken fortgesetzt werden, damit die Schulträger Planungssicherheit haben. Darüber hinaus muss eine langfristige strukturelle Lösung erarbeitet und eine Finanzierung der Schuldigitalisierung nachhaltig gesichert werden. Dies beinhaltet die Neubeschaffung von Geräten ebenso wie deren Administration, Wartung und Support. Die Wartung und Administration ist nicht von Lehrkräften und schon gar nicht „on top“ oder mit nicht ausreichender Freistellung zu leisten. Hierfür sind zusätzliches Personal und Unterstützungssysteme nötig. Lehrkräfte müssen bedarfsgerecht freigestellt und regelmäßig fortgebildet werden. IT-Support- und Wartungsstrukturen vor Ort sind eine Daueraufgabe. Daueraufgaben brauchen Dauerstellen! Wegen des Fachkräftemangels bedarf es einer Erhöhung und Verbesserung der Ausbildungskapazitäten bei den Schulträgern.

Die Schulen dürfen mit dem Problem Datenschutz und Datensicherheit nicht alleine gelassen werden. Sowohl für schulische Informationssysteme wie Lernplattformen oder Schulclouds als auch für in Unterricht und Verwaltung eingesetzte Geräte, Software und Lernmanagementsysteme müssen Mindeststandards für den Datenschutz und Datensicherheit festgelegt und sichergestellt werden. Kommunikations- und Lernplattformen müssen in öffentlicher Hand liegen, sowie Datenschutz und Rechtssicherheit gewährleisten.ⁱⁱ

Die digitale Ausstattung von Schulen ist so anzulegen, dass sie möglichst nachhaltig ist. Hierfür müssen Kriterien entwickelt werden. Angesichts der Klimakrise senden ungenutzte oder häufig gewechselte Gerätehalde das absolut falsche Signal. Im Sinne der Nachhaltigkeit sollten auch Möglichkeiten von Recycling und Reparatur von Geräten in den Blick genommen werden. Dies könnte sogar im Rahmen von Projekten in den Unterricht einfließen.

Auf keinen Fall darf die Schuldigitalisierung zu einer größeren Einflussnahme der Digital- und EdTech-Industrie auf Bildungsinhalte führen und einer wachsenden Kommerzialisierung des Bildungsbereichs. Bildung ist als öffentliches Gut zu schützen. Die finanzielle Vernachlässigung der Bildungsetats in den Bundes-, Landes und kommunalen Haushalten schadet diesem Gut.

Ungleiches ungleich behandeln: Für eine sozial gerechte Mittelverteilung der Digitalisierung an Schulen

Motivation der Digitalisierung an Schulen darf nicht die Befriedigung der Profitinteressen privater Unternehmen sein, sondern muss das Ziel haben, jedem Kind die gleichen Möglichkeiten zu bieten, mit digitalen Geräten und in einer gut ausgestatteten digitalen Infrastruktur zu lernen. Angesichts der sehr unterschiedlichen finanziellen Lagen in den Kommunen ist dies keine leichte, wenngleich umso dringendere Forderung. Vorrangig müssen schlechter ausgestattete Schulen berücksichtigt werden, um die digitale Kluft an Schulen zu schließen (vgl. Mußmann/Hardwig 2021).

Statt die Mittel wie bisher nach dem Königsteiner Schlüssel zu verteilen, fordert die GEW eine sozial ausgewogene und gerechte Steuerung für einen Digitalpakt 2.0. Der Zugang zu einer guten digitalen Infrastruktur darf nicht davon abhängig sein, in welchem Bundesland, Region oder Stadtteil ein*e Schüler*in wohnt. Auch darf gute Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. So sollen bei einer Neuauflage des Digitalpakts 2.0 finanzschwache Kommunen gezielt gefördert werden. Hierzu könnten die Digitalpaktmittel nach einem „multiplen Benachteiligungsindex“ (MBI) verteilt werden. Der MBI umfasst neun Indikatoren, die zu vier Dimensionen zusammengefasst wurden: die Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes, die soziale Bedürftigkeit, der Bildungsstand der Bevölkerung und weitere Bevölkerungsangaben wie etwa der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, die jünger als 18 Jahre sind. Der MBI-basierte Verteilungsschlüssel wurde auf seine rechtliche Umsetzbarkeit geprüft und erfüllt die erforderlichen Kriterien.ⁱⁱⁱ Zentral sind auch eine Evaluation des Digitalpakts und ein umfassendes Monitoring, das soziale Indikatoren berücksichtigt, um Transparenz und eine soziale Ausgewogenheit in Zukunft herzustellen. Solange nicht transparent ist, wo welche Mittel hinfließen, kann auch nicht ausgewogen verteilt werden.

Im Sinne einer inklusiven Perspektive fordert die GEW eine digitale Grundversorgung für alle Schüler*innen und Lehrkräfte. Diese beinhaltet als Mindeststandard den kostenlosen Zugang zum freien Internet, zu schnellem WLAN, barrierefreien Geräten, öffentlichen Plattformen, digitalen Bildungsmaterialien und Programmen im Sinne der Lehr- und Lernmittelfreiheit. Auch der Zugang zu Recherche- und Informationsmöglichkeiten sollte allen Schüler*innen sowie Lehrkräften gleichermaßen zur Verfügung stehen und nicht auf einem ausdifferenzierten auf Bezahlschranken gestaffeltem System basieren, das Menschen mit höheren finanziellen Ressourcen bevorteilt.

Profession statt Profit: Gute Qualität von Arbeits- und Lernbedingungen ins Zentrum stellen

Für die GEW gilt: Auch mit einem Digitalpakt 2.0 muss das Primat der Pädagogik im Mittelpunkt der Schuldigitalisierung stehen. Denn Technik ist kein Selbstzweck und Schule darf nicht von wirtschaftlichen Interessen geleitet werden. Bildungsfragen und pädagogische Konzepte müssen handlungsleitend bleiben!

Die GEW fordert daher eine transparente, gerechte und soziale Steuerung eines zukünftigen Digitalpakts, die sich an einem umfassenden Qualitätsmonitoring und an den Professionsinteressen orientiert. Hierzu gehören eine bedarfsorientierte Qualifikation der Lehrkräfte sowie die pädagogische Qualität und Prozessqualität. Den Schulen muss ausreichend Zeit und Unterstützung für die Schulentwicklung, Entwicklung von Konzepten, für Fortbildungen in öffentlicher Verantwortung sowie für die Einarbeitung der Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Digitale Schulentwicklungsprozesse müssen durch mehr zeitliche, finanzielle und fachliche Ressourcen gestärkt werden.

Bei der Einführung digitaler Arbeits- und Unterrichtstechnologien sowie beim Datenschutz und Datensicherheit müssen Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte gewahrt werden. Gute Arbeits- und Lernbedingungen erfordern die Einhaltung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Gerade in Bildungsberufen hat die Digitalisierung in den letzten

Jahren zu einer erhöhten Arbeitsbelastung geführt.^{iv} Die Einhaltung von Arbeitsschutzgesetzen ist sicherzustellen, insbesondere das Recht auf Nicht-Erreichbarkeit. Auch die Ergonomie bei Arbeitsgeräten ist im Zeichen der Gesundheitsprävention immens wichtig.

Open Source und Open Educational Resources sind in einer demokratischen Gesellschaft besonders zu fördern. Deshalb sollten Ressourcen, die nach diesem Prinzip arbeiten, gepflegt und ausgebaut werden. Die GEW setzt sich für die Ausweitung der Lehr- und Lernmittelfreiheit und sichere, pädagogisch anspruchsvolle und öffentlich verantwortete Cloudsysteme, Lernplattformen und KI-Systeme ein. Die Ausstattung von Lehrenden und Lernenden mit entsprechender Technik ist öffentliche Aufgabe.

Erweiterung des Digitalpakts auf weitere Bildungsbereiche

Die GEW setzt sich für eine Erweiterung des Digitalpakts auf andere Bildungsbereiche mit einem Digitalpakt frühe Bildung, Digitalpakt Hochschule, Digitalpakt Weiterbildung und Digitalpakt Alter ein. Eine Gesamtstrategie für die digitale Infrastruktur des Bildungswesens zu formulieren muss in den Blick genommen werden. Bund, Länder und Kommunen müssen hierfür eine Grundlage schaffen.

ⁱ Unsere Forderungen beziehen sich auch auf Befunde zum im Mai 2024 auslaufenden Digitalpakts Schule, z.B. Wrase/Rohde (2022) und Mußmann/Hardwig (2021).

ⁱⁱ Siehe GEW-Beschluss 2022: Anforderungen an den Datenschutz in Schule: <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/305-anforderungen-an-den-datenschutz-in-schule>. Die GEW unterstützt das Projekt DIRECTIONS des BMBF zur Datenschutzzertifizierung schulischer Informationssysteme.

ⁱⁱⁱ Der MBI wurde von einer Autor*innengruppe um den leider kürzlich verstorbenen Wissenschaftler Detlef Fickermann entwickelt und in einem Gutachten dargelegt. Vgl. Fickermann, Detlef u.a. (2022): Alternativen zum Königsteiner Schlüssel, hrsg. vom GEW-Hauptvorstand: <https://www.gew.de/index.php?elD=dumpFile&t=f&f=126856&token=370fafd2051602d118110d1d5984202149c8b0db&sdownload=&n=2022-Gutachten-Koenigsteiner-Schluessel.pdf>

^{iv} Vgl. DGB-Index Gute Arbeit Sonderauswertung Bildungsberufe (2023): https://www.gew.de/fileadmin/media/sonstige_downloads/hv/Service/Presse/2023/DGB-Index-Kompakt-2023-03-Digitalisierung-Bildungsberufe.pdf